

Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag

zwischen

- (1) **Homag Group AG**, Homagstr. 3-5, 72296 Schopfloch, vertreten durch den Vorstand,
- nachfolgend "**Organträgerin**" genannt -

und

- (2) **HOMAG Bohrsysteme GmbH**, Benzstr. 10-16, 33442 Herzebrock-Clarholz, vertreten durch den Geschäftsführer,
- nachfolgend "**Organgesellschaft**" genannt -

VORBEMERKUNG

- (A) Die Organgesellschaft mit Sitz in Herzebrock-Clarholz ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gütersloh unter HRB 8323 eingetragen.
- (B) Die Organträgerin mit Sitz in Schopfloch, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Stuttgart unter HRB 440649, hält sämtliche Gesellschaftsanteile an der Organgesellschaft.

§ 1

Leitung

- (1) Die Organgesellschaft unterstellt die Leitung ihrer Gesellschaft der Organträgerin.
- (2) Die Organträgerin ist berechtigt, der Organgesellschaft hinsichtlich der Leitung der Organgesellschaft Weisungen zu erteilen. Die Geschäftsführung der Organgesellschaft ist verpflichtet, diese Weisungen zu befolgen. Die Organträgerin ist jederzeit berechtigt, Bücher und Schriften der Organgesellschaft einzusehen und Auskunft über die geschäftlichen Angelegenheiten der Organgesellschaft zu erhalten. Die Geschäftsleitung und Vertretung der Organgesellschaft obliegen weiterhin der Geschäftsführung der Organgesellschaft.
- (3) Die Organträgerin wird Weisungen durch ihren Vorstand vornehmen oder – soweit gesetzlich zulässig – durch beauftragte Personen unter Angabe von Umfang und Zeitdauer ihrer Weisungsbefugnis. Bei der Ausübung von Weisungen ist die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters anzuwenden.

- (4) Weisungen sind schriftlich, per Telefax oder per E-Mail zu erteilen oder, falls sie mündlich erteilt werden, von der Organträgerin unverzüglich schriftlich, per Telefax oder per E-Mail zu bestätigen.
- (5) Die Organträgerin kann der Geschäftsführung der Organgesellschaft nicht die Weisung erteilen, diesen Vertrag zu ändern, aufrechtzuerhalten oder zu beenden.

§ 2

Gewinnabführung

- (1) Die Organgesellschaft verpflichtet sich, ihren ganzen Gewinn entsprechend § 301 AktG, der in seiner jeweils geltenden Fassung auf diesen Vertrag anzuwenden ist, an die Organträgerin abzuführen.
- (2) Die Organgesellschaft kann mit Zustimmung der Organträgerin Beträge aus dem Jahresüberschuss insoweit in andere Gewinnrücklagen (§ 272 Abs. 3 HGB) einstellen, als dies handelsrechtlich zulässig und bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich begründet ist.
- (3) Sonstige Rücklagen oder ein Gewinnvortrag, der aus der Zeit vor Beginn dieses Vertrags stammt, dürfen weder als Gewinn abgeführt noch zum Ausgleich eines Jahresfehlbetrags verwendet werden.
- (4) Der Anspruch auf Gewinnabführung wird jeweils am Ende eines Geschäftsjahres der Organgesellschaft fällig.

§ 3

Verlustübernahme

Die Organträgerin ist entsprechend der Vorschrift des § 302 AktG, der in seiner jeweils geltenden Fassung und in seiner Gesamtheit auf diesen Vertrag anzuwenden ist, zur Verlustübernahme verpflichtet.

§ 4

Wirksamwerden, Dauer und Beendigung des Vertrags

- (1) Der Vertrag wird unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Hauptversammlung der Organträgerin sowie der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der Organgesellschaft geschlossen.
- (2) Der Vertrag wird mit Eintragung in das Handelsregister der Organgesellschaft wirksam, nicht jedoch vor Eintritt sämtlicher aufschiebenden Bedingungen nach Absatz 1. Der Vertrag gilt – mit Ausnahme des Weisungsrechts nach § 1 – rückwirkend für die Zeit

ab Beginn des Geschäftsjahres der Organgesellschaft, in dem die Eintragung im Handelsregister erfolgt. Demgemäß gilt der Anspruch auf Gewinnabführung oder Verlustübernahme erstmals für das gesamte Geschäftsjahr der Organgesellschaft, in dem die Eintragung im Handelsregister erfolgt.

- (3) Um die zeitlichen Anforderungen des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 1 KStG zu erfüllen, kann der Vertrag erstmals zum Ablauf von fünf Zeitjahren (60 Monaten) nach Beginn des Geschäftsjahres der Organgesellschaft, in dem der Vertrag wirksam geworden ist, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten gekündigt werden, sofern an diesem Tag das Geschäftsjahr der Gesellschaft endet; anderenfalls ist eine Kündigung unter Einhaltung der gleichen Kündigungsfrist erstmals zum Ende des an diesem Tag laufenden Geschäftsjahrs der Gesellschaft zulässig. Wird der Vertrag nicht gekündigt, verlängert er sich bei gleicher Kündigungsfrist bis zum Ende des jeweils nächstfolgenden Geschäftsjahrs der Gesellschaft. Für die Einhaltung der Kündigungsfrist kommt es auf den Zeitpunkt des Zugangs des Kündigungsschreibens bei der anderen Partei an.
- (4) Das Recht zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist bleibt unberührt. Die Organträgerin ist jederzeit zur Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn ihr nicht mehr die Mehrheit der Stimmrechte bei der Organgesellschaft zusteht oder ein wichtiger Grund i.S.d. § 297 Abs. 1 AktG oder des § 14 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 S. 2 KStG (ein wichtiger Grund wird insbesondere in der Veräußerung oder der Einbringung der Organgesellschaft durch die Organträgerin, der Verschmelzung, Spaltung oder Liquidation der Organträgerin oder der Organgesellschaft gesehen) in ihren jeweils gültigen Fassungen vorliegt. Anstelle einer solchen Kündigung können die Parteien den Vertrag auch in gegenseitigem Einvernehmen mit sofortiger Wirkung aufheben, wenn die Voraussetzungen für eine Kündigung aus wichtigem Grund gegeben sind.
- (5) Kündigungserklärungen bedürfen der Schriftform. Für die Einhaltung der Frist kommt es auf den Zeitpunkt des Zugangs der Kündigungserklärung bei der anderen Gesellschaft an.
- (6) Bei Vertragsende ist die Organträgerin entsprechend der Vorschrift des § 303 AktG, der in seiner jeweils geltenden Fassung auf diesen Vertrag anzuwenden ist, verpflichtet, den Gläubigern der Organgesellschaft Sicherheit zu leisten.

§ 5

Schlussbestimmungen

- (1) Die Kosten der Beurkundung des Zustimmungsbeschlusses der Gesellschafterversammlung der Organgesellschaft zu diesem Vertrag und die Kosten der Eintragung im Handelsregister trägt die Organgesellschaft.
- (2) Mündliche oder schriftliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.

- (3) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrags oder eine künftig in ihn aufgenommene Bestimmung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke finden, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen oder unanwendbaren Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke eine angemessene Regelung zu vereinbaren, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrags gewollt hätten, sofern sie den Punkt bedacht hätten.

Schopfloch, den _____

Homag Group AG

Der Vorstand

Dr. Daniel Schmitt

Vorsitzender des Vorstands

Rainer Gausepohl

Finanzvorstand

Dr. Sergej Schwarz

Vorstandsmitglied

Herzebrock-Clarholz, den _____

HOMAG Bohrsysteme GmbH

Die Geschäftsführung

Frederik Meyer

Geschäftsführer